

Kriminalisiert

Wer sich in der VVN-BdA engagiert,
3 wird vom Geheimdienst bespitzelt. Gespräch mit Silvia Gingold

Verstummt

Brasilien: Der für den Petrobras-Skandal zuständige Richter ist tot.
6 Von Peter Steiniger

Neu befragt

Vorabdruck aus: »Die Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942«.
12 Von Kurt Pätzold (1930–2016)



»Wir sollten das Thema innere Sicherheit nicht der AfD überlassen.« Ein Gespräch mit Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag

■ ACHT SEITEN EXTRA



Gegen das Schweinesystem

Auftakt der »Grünen Woche«: Nicht nur Umweltaktivisten und Biobauern fordern Umbau der Landwirtschaft, sondern auch ein Branchenverband.

Von Jana Frielinghaus

Anwältin der armen Säue und anderer Tiere, deren Fleisch wir konsumieren: Die Teilnehmer der am Samstag bereits zum siebten Mal stattfindenden Demo kritischer Verbraucher und Bauern unter dem Motto »Wir haben es satt«

Das Thema ist in der berühmten »Mitte der Gesellschaft« angekommen: Eine wachsende Zahl von Menschen will mitbestimmen, unter welchen Bedingungen unser Essen produziert wird. Dass hier etwas schief läuft, räumt mittlerweile auch ein bislang eher dem neoliberalen Fortschrittsglauben verpflichteter Branchenverband ein. Gestern wurde die Agrar- und Lebensmittelmesse »Grüne Woche in Berlin eröffnet, und am heutigen Samstag wollen wieder Tausende unter dem Motto »Wir haben es satt« ihren Unmut über »Agrarindustrie« und »Massentierhaltung«, aber auch über das Preisdumping der Einzelhandelsketten und die Marktmacht von Agrochemie-, Saatgut- und anderen Konzernen zum Ausdruck bringen.

Angeprangert wird zudem die Landnahme durch Kapitalanleger, die Bauern weltweit zunehmend die Produktionsgrundlage entziehen. Auch die ausbeuterischen Arbeitsbedin-

gungen in der Fleischindustrie und in anderen Zweigen der Nahrungsmittelproduktion haben immer mehr Leute satt. Am Freitag zitierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den Präsidenten der industrienahen Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), Carl-Albrecht Bartmer, der einen »gigantischen Chemieaufwand« in vielen Betrieben kritisierte. Zu enge Fruchtfolgen, also die Beschränkung auf immer weniger Pflanzenarten mit Trend zur Monokultur, und der dadurch nötige höhere Aufwand an Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln bringe immer mehr Resistenzen gegen die Gifte hervor. Bartmer verlangt von den Bauern ein Umdenken und »Spielregeln« für die Landwirtschaft, die »mehr Ziele berücksichtigen als die bloße Ernte«. Er beklagte zugleich, dass »der Markt« Leistungen der Landwirte, die über die reine Lieferung der gewünschten Produkte hinausgehen, nicht honorieren. Gerade der wachsende Druck auf

die Preise, die die Landwirte für ihre Arbeit bekommen, ist ein Kernproblem. Denn ihre Produktionskosten sind nicht gesunken, im Gegenteil. Insbesondere die Pachten und Kaufpreise für Ackerland sind in den vergangenen Jahren förmlich explodiert.

Zur Eröffnung der Grünen Woche forderte auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks erneut ein »Umsteuern« in der Branche und drohte indirekt die Streichung von Fördermitteln an. Wer weiter Subventionen beziehen wolle, müsse »anders wirtschaften«, sagte die SPD-Politikerin in Berlin. Öffentliche Mittel dürfe es nur für »öffentliche Zwecke« wie den Erhalt von Landschaft, Böden, Wasser und Biodiversität geben. Damit ignoriert die Ministerin allerdings, dass Landwirte in globalisierten Märkten und ohne den Schutz von garantierten Mindestpreisen agieren. Die meisten sind seit langem nicht mehr in der Lage, kostendeckend zu wirtschaften, und einen Großteil der

Subventionen reichen sie direkt an Verpächter und Kreditgeber weiter.

Zugleich stellt die Europäische Union die Weichen weiter in Richtung Deregulierung der Agrarmärkte. Das zeigen u. a. die Verhandlungsdokumente zum geplanten »Freihandels«abkommen TTIP mit den USA, die die Umweltorganisation Greenpeace im Mai 2016 veröffentlichte. Daraus ging hervor, dass die Vereinigten Staaten auf einem ungehinderten Marktzugang für Agrarprodukte bestehen – und dass die EU-Kommission offenbar bereit wäre, ihn zu gewähren, solange dies der europäischen Großindustrie dient. Der Linke-Bundestagsabgeordnete Niema Movassat monierte am Freitag zudem, die Bundesregierung stelle ihre »Entwicklungszusammenarbeit in den Dienst der Profitinteressen von Agrarkonzernen wie Bayer, Monsanto und BASF«. Dies sei »eine der Ursachen von Hunger und damit für viele Menschen ein Fluchtgrund«.

Klaus Huhn gestorben



Berlin. Der Journalist, Sportpolitiker und jW-Autor Klaus Huhn ist tot. Das erfuhr jW aus seinem Freundeskreis. Er starb in der Nacht zum Freitag in Berlin. Huhn wurde 1928 in einer kommunistischen Arbeiterfamilie in Berlin geboren. Seit 1946 arbeitete er bei der *Deutschen Volkszeitung*, dem Organ der KPD, deren Mitglied er im selben Jahr wurde. Nach Gründung der SED arbeitete er bei deren Zeitung *Neues Deutschland*, wo er von 1952 bis 1990 Sportchef war. 1954 übernahm er die Organisationsleitung der Internationalen Friedensfahrt und blieb 38 Jahre lang einer der Direktoren des weltgrößten Amateuretappenrennens. Nach 1990 gründete er den Spotless-Verlag, den er bis 2006 leitete, und verlegte die *Beiträge zur Sportgeschichte*. Trotz schwerer Krankheit schrieb er noch in den vergangenen Wochen Beiträge für *Unsere Zeit* und jW. Ein ausführlicher Nachruf folgt. (jW)

Linke-Politikerin: Hunderte Kältetote seit 1991

Berlin. Hunderte Menschen ohne Wohnung sind einer Schätzung zufolge in den vergangenen Jahren in Deutschland an Unterkühlung gestorben. Darauf wies die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (Die Linke) hin. »Es ist unendlich traurig und ein Skandal, dass Menschen in Deutschland erfrieren«, sagte die Politikerin der Nachrichtenagentur dpa in Berlin.

Seit 1991 seien mindestens 289 wohnungslose Menschen in Deutschland an Unterkühlung gestorben, teilte Zimmermann unter Berufung auf die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mit. Die Organisation erläuterte: »Sie erfroren im Freien, unter Brücken, auf Parkbänken, in Hauseingängen, in Abrisshäusern, in scheinbar sicheren Gartenlauben und in sonstigen Unterständen.« (dpa/jW)
■ Siehe Kommentar Seite 8

Von der Leyen macht mobil

Bundestagsdebatte: Ministerin will Segen für Kabinettsbeschluss zu Mali-Einsatz

Von weltweiter Verantwortung Deutschlands hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Freitag in der Bundestagsdebatte über die Ausweitung des Bundeswehreininsatzes in Mali gesprochen. Sie warb damit um Zustimmung für den Kabinettsbeschluss, die Obergrenze für die Beteiligung deutscher Soldaten an der UN-Mission Minusma in dem westafrikanischen Staat von bislang 650 auf 1.000 zu erhöhen. Die Stabilität Malis habe auch Auswirkungen auf die Sicherheit in Europa, sekun-

dierte der SPD-Abgeordnete Jürgen Coke am Freitag. Minusma gilt als zur Zeit gefährlichste Mission der Vereinten Nationen. Beim jüngsten Selbstmordanschlag am Mittwoch wurden mindestens 60 Menschen in Mali getötet. Die Zustimmung der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zu der geplanten Truppenaufstockung Ende nächster Woche gilt jedoch als sicher.

Kritik kam am Freitag von der Linksfraction. Mit dem ausgeweiteten Einsatz erhöhe sich das Risiko für die Bundeswehr, selbst Zielscheibe

von Angriffen zu werden, kritisierte die Abgeordnete Christine Buchholz. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Linken warf der Bundesregierung zudem Heuchelei vor: Einerseits sei das Land so unsicher, dass man Kampfhubschrauber dorthin entsende, andererseits werde es als so sicher dargestellt, dass dem Land ein Rückführungsabkommen für Flüchtlinge aufgezwungen werde.

Von der Leyen machte sich außerdem für eine Verlängerung des Militäreinsatzes im Nordirak um ein Jahr stark. Es sei »richtig« gewesen, die

kurdischen Peschmerga auszurüsten und auszubilden. Der »Islamische Staat« sei empfindlich zurückgeschlagen worden – aber noch nicht besiegt. Nach Auffassung der Linken treibt die Bundesregierung mit dem Mandat jedoch die Spaltung des Irak voran. Die deutschen Soldaten bildeten die Miliz einer politischen Partei aus. »Sie wollen ein Regime militärisch unterstützen, das den Irak spalten will, das die Menschenrechte mit Füßen tritt«, sagte der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Jan van Aken.

(dpa/jW)

jW wird herausgegeben von
1.992 Genossinnen und
Genossen (Stand 17.1.2017)

■ www.jungewelt.de/lpg

